



Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

Berufliche Perspektiven erweitern - Frauen fördern - Chancen nutzen

Drucksache 18/ 627

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag will die Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen Phasen ihres Lebenslaufs verwirklichen und hält den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für selbstverständlich. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbietet unterschiedliche Bezahlung für Frauen und Männer bei gleicher Arbeit. Da verschiedene Gründe für die unterschiedlichen Einkommenssituationen ursächlich sind, ist ein umfassendes Maßnahmenbündel zu ergreifen, um diese zu beseitigen:

1. Es müssen mehr Frauen in den gut bezahlten Ausbildungsgängen im mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Bereich vertreten sein. Programme, welche die Förderung von Mädchen in den MINT-Fächern zum Ziel haben, sind daher fortzusetzen und auszubauen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, den unter der vorherigen Regierung gesetzten Schwerpunkt im Arbeitsmarktprogramm des Landes zur Förderung der Beschäftigung von Frauen weiter fortzusetzen. Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für Frauen, auch zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sind auszubauen.
3. Gebrochene Erwerbsbiographien bei Frauen aufgrund der fehlenden Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen vermieden werden. Die Sicherstellung der ganztägigen Kinderbetreuung, hierzu gehört auch der Ausbau von Ganztagschulen, gibt Frauen mehr Freiheiten und Möglichkeiten bei der Arbeitszeitgestaltung und damit mehr Karrierechancen.
4. Um mehr Transparenz zu schaffen, spricht sich der Landtag zudem für freiwillige Lohntests nach Schweizer Vorbild aus. Auch sollten Berichtspflichten eingeführt werden, so dass Kapitalgesellschaften mit der Veröffentlichung des Jahresabschlussberichtes ausweisen müssen, wie hoch der Frauenanteil bei Führungspositionen und im gesamten Unternehmen ist.

Über diese Punkte hinaus wird die Landesregierung aufgefordert zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen auf Landesebene ergriffen werden können, um den bestehen-

den Unterschieden beim Einkommen zwischen Frau und Mann entgegenzuwirken. Die Landesregierung hat dem Landtag hierüber im Sozialausschuss bis Juli 2013 zu berichten.

Anita Klahn
und Fraktion